

## Albanien und der Einsatz der OSZE 1997

### *Die albanischen Verhältnisse*

Der Zustand gewalttätiger Anarchie, den Albanien etwa seit Jahresbeginn 1997 durchgemacht hat und der zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Beitrags noch nicht vorbei ist, war im übrigen Europa zu seinem Beginn ein ganz unverstandenes Phänomen. Noch immer hallt in der Rezeption der Ereignisse das Erstaunen darüber nach, daß geprellte Anleger von betrügerischen Investmentfonds aus Enttäuschung eine Regierung verjagten, mit der Zerstörung öffentlicher Einrichtungen jahrelange Aufbauarbeit zunichte machten und beinahe einen ganzen Staat zertrümmerten. Die Ereignisse kamen für Europa unerwartet. Noch im Sommer 1996 waren auch unter europäischen Diplomaten in Tirana durchweg positive Einschätzungen der albanischen Entwicklung zu hören. In einem Länderbericht der Deutschen Bank,<sup>1</sup> einem Dokument also, das Investoren mit einer verlässlichen Einschätzung lokaler Begebenheiten dienen soll, wurde die albanische Entwicklung sogar noch im November 1996 positiv beurteilt. Wenige Wochen später brachen die gewalttätigen Krawalle in Tirana und Vlora aus.

Auch in der albanischen Öffentlichkeit waren 1996 nur wenige warnende Stimmen zu hören; trotzdem kam die Eruption zum Jahreswechsel nicht für alle überraschend. In längeren Gesprächen mit Kennern der politischen Szene waren sogar präzise Vorhersagen über Anlaß und Form des Zusammenbruchs zu erhalten.<sup>2</sup>

Phasen gewalttätiger Anarchie, die dem Zustand des Jahres 1997 bis in Details gleichen, hat Albanien in diesem Jahrhundert schon mehrfach durchgemacht, zuletzt beim Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Jahr 1991. Schon damals galt die Zerstörungswut nicht allein den verhaßten Inhabern der politischen Gewalt, sondern den Institutionen des Staates und, mehr noch, dem gesamten öffentlichen Raum. Gegenstand von Demontagen und Verwüstungen waren 1991 die meisten Fabriken des Landes, aber auch Schulen und sogar die Bewässerungssysteme, die in dem trockenen Mittelmeerland Ackerbau erst ermöglichen, Einrichtungen also, die - anders als noch die Schulen - keine Träger von Ideologie waren und

---

<sup>1</sup> DB Research in Deutsche Bank AG (Hrsg.), Osteuropa-Themen Nr. 166 vom 11. November 1996.

<sup>2</sup> Vgl. Land der falschen Etiketten, in: Die Zeit vom 1. November 1996.

unter jedweden politischen Verhältnissen ihren guten Zweck erfüllen.<sup>3</sup> Es war eine Rebellion gegen Vergesellschaftung allgemein, nicht allein gegen die Vergesellschaftung unter den diktatorischen Bedingungen des Stalinismus, die die Albaner 47 Jahre lang hatten erdulden müssen. Darin unterschied sich die albanische Rebellion von allen anderen in den Übergangsländern. Der Unterschied wurde im Westen nicht verstanden; daß die Albaner so weit über ihr angenommenes politisches Ziel hinausschossen, wurde statt dessen mit der besonders starken Wut über die besonders harte Diktatur erklärt.

Tatsächlich gründen die Besonderheiten der albanischen Verhältnisse nicht vorrangig in der kommunistischen Phase von 1944 bis 1991. Sie waren vielmehr schon vorher voll ausgeprägt und erklären ihrerseits zum größeren Teil die Besonderheiten des albanischen Kommunismus. Die Geschlossenheit der kommunistischen Ideologie, ihr Pathos des revolutionären Umsturzes und Neubeginns verführen dazu, ihre Geschichtsmächtigkeit gewaltig zu überschätzen. Daß jeder politische Schritt "abgeleitet", d.h. in teils kunstvollen Argumentationen auf die Prinzipien des "historischen und dialektischen Materialismus" oder die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Enver Hoxha zurückgeführt wurde, verstellte den Blick auf die wirklichen Bewegungsgesetze der albanischen Gesellschaft. Sie ließen sich auch kaum studieren, weil es in der Wissenschaft des Landes keinen Pluralismus der Ansätze gab und ausländische Beobachter nicht die Chance bekamen, die albanischen Verhältnisse von nahem zu betrachten.

Als Albanien 1913 unabhängig wurde, war die nationale Bewegung der Albaner noch schwach. Die Unabhängigkeit verdankte es in erster Linie den strategischen Interessen der europäischen Großmächte, die einen Sperrriegel gegen serbische und russische Aspirationen ans Mittelmeer brauchten. Sie fragten nicht danach, ob es in Albanien ein Staatsvolk gab, das als Träger des neuen Staates auftreten konnte. Weil seine Bewohner dieselbe Sprache sprachen, zahlreiche kulturelle Gemeinsamkeiten teilten und sich nicht anderen Völkern zugehörig fühlten, wurde Albanien für "ethnisch" homogen gehalten und seine Bewohner für prädestiniert, einen Nationalstaat zu bilden - das erste fundamentale Mißverständnis, das Europa dem damals noch unbekanntem Albanien entgegenbrachte. Die europäischen Nationalismen, auch die balkanischen, verstanden sich als Ausdruck sprachlicher, kultureller oder auch genealogischer (oder "rassischer") Übereinstimmung. Daß die Entstehung von nationalen Bewegungen und Nationalstaaten zugleich einen Grad der Vergesellschaftung markierte und einer im großen und ganzen gemeinsamen Entwicklung entsprach, geriet nicht ins Blickfeld. So wie Deutsche, Briten oder Franzosen einander an der

---

<sup>3</sup> Vgl. Dardan Gashi/Ingrid Steiner, Albanien: archaisch, orientalisches, europäisch, Wien 1994, S. 27f.

Sprache und der Kultur erkannten, so identifizierten sie auch die anderen, so daß sich die Welt oder wenigstens Europa als synchrone Einheit von Nationen darstellte. Universale kulturelle Errungenschaften wie die Staatlichkeit, die arbeitsteilige Produktion und die Mobilität auf einem großen Territorium, die für die Nationalstaatsbildung entscheidend waren, wurden, da nicht distinktiv, weggekürzt.

So war Albanien nur von außen betrachtet ein Nationalstaat; der eklatante Unterschied zwischen Innen- und Außenwahrnehmung bildete sich heraus. Als Teil des Osmanischen Reiches blieb das heutige Albanien, wie weite Teile des Balkans, von der europäischen Aufklärung unberührt. Anders als fast alle Balkanvölker aber teilten die meisten Albaner mit den staatstragenden Türken die Religion: Zu 70 Prozent gehören sie heute in die muslimische Tradition. Anders als katholische und orthodoxe Südslawen entwickelten die katholischen und orthodoxen Albaner ihre konfessionellen Besonderheiten nicht zur nationalen Identität. Dazu waren sie zahlenmäßig und wirtschaftlich zu schwach: Die orthodoxen Albaner im Süden unterstehen bis heute kirchlich dem griechischen Patriarchat und werden von Griechenland aus noch immer als "Griechen" angesehen; wenn sie albanisch sprechen, eben als "albanisierte" Griechen. Eine "albanische" Kirche, die wie die serbische oder bulgarische nationale Bewußtwerdung hätte vorbereiten können, gab es nicht. Die Katholiken dagegen leben vorwiegend in entlegenen Bergregionen und hielten kaum Kontakt mit der katholischen Welt. Das muslimische Bekenntnis dagegen verband die Albaner mit der Hohen Pforte, wo sie wiederholt wichtige Würdenträger stellten. Eine säkulare nationale Bewegung, an der sich die Albaner hätten reiben müssen wie etwa die Slowenen am Nationalismus der deutschen Liberalen, hat es aber zu osmanischer Zeit in der Türkei nicht gegeben. So hatten die Albaner auch keinen Anlaß, aus Trotz national zu empfinden.

Deutlicher noch als die Geistesgeschichte erklärt die Wirtschaftsgeschichte die albanischen Verhältnisse.<sup>4</sup> Die traditionelle Wirtschaftsform der Albaner ist die extensive Weidewirtschaft, wie sie in den kargen Gebirgsregionen des Balkan allein möglich ist; die Ebenen Albanien waren lange Zeit wegen der Malaria unzugänglich. Die altertümliche Wirtschaftsweise machte kaum Staatsstrukturen nötig; sie kam mit wenig Werkzeug aus und benötigte zum Schutz des Eigentums keine feudale Macht. Den Schutz der Herde konnten die Hirten über große Entfernungen nur selber bewerkstelligen. Wie in allen Viehzüchtergesellschaften bildeten sich extrem patriarchalische Verhältnisse heraus. Die Menschen lebten in streng altershierarchischen

---

<sup>4</sup> Die Darstellung folgt dem grundlegenden Werk von Karl Kaser: *Hirten, Kämpfer, Stammeshelden. Ursprünge und Gegenwart des balkanischen Patriarchats*. Wien, Köln und Weimar 1992.

Mehrfamilienhaushalten, die durch Abstammung miteinander verbunden waren; die höchste Autorität gehörte dem Gründervater. Ein Hirtenverband lebte neben dem anderen her, und eine Sphäre der Gesellschaft mit Funktionsteilung und Nebenordnung bildete sich kaum heraus. So fehlte der Faktor, der die patriarchalischen Familienverhältnisse hätte relativieren können - eine ganze Sphäre, in der Kompromisse und Machtteilung historisch eingeübt werden und in der Funktions-, Bildungs- oder Reichtumshierarchien neben den überkommenen familialen stehen. In der sozialen Anthropologie gilt die Regel, daß eine Gesellschaft um so patriarchalischer ist, je mehr Funktionen in ihr von der Familie wahrgenommen werden.<sup>5</sup> Werden Funktionen aus der Familie ausgelagert, so leitet das einen Emanzipationsprozeß innerhalb der Familie ein. Werden zum Beispiel die sakralen Funktionen vom väterlichen "Hauspriester" auf einen besonderen Priesterstand übertragen, so verliert der Patriarch mit einer Funktion daheim auch ein Stück Autorität. Die osmanische Herrschaft hat diesen Zustand über Jahrhunderte noch verstärkt, indem sie den Familien und Familienverbänden Selbstverwaltung gestattete, aber die Herausbildung von größeren Einheiten um ihrer eigenen Macht und Steuerhoheit willen verhinderte. So wirkte das besondere Verhältnis von Albanern und Türken für die patriarchalischen Verhältnisse extrem konservierend: Weder hatten die Albaner einen nennenswerten Anteil am türkischen Staats- und Verwaltungswesen, noch bildeten sie eine - etwa konfessionell verschiedene - Gegengesellschaft. Mit einem weiteren sozialanthropologischen Terminus war die albanische Gesellschaft "akephal", das heißt kopflos. Während in den Familien extrem regulierte Sozialbeziehungen vorherrschten, herrschte überall draußen eine gefährliche und bewaffnete Freiheit.

Der albanische Staat fand bei seiner Gründung keine Strukturen vor, derer er sich hätte bemächtigen können. Wer Albanien regieren wollte, mußte sich so wie ein Feudalherr auf die Gunst mächtiger Stammesfürsten stützen. Von dieser Position aus unternahm seit 1913 verschiedene Persönlichkeiten den Versuch, in Albanien einen funktionierenden Staat zu schaffen. Der erste, der deutsche Prinz zu Wied, zog aus der Abwesenheit von Staatsstrukturen und Staatsbewußtsein nach einem halben Jahr die Konsequenz und verließ das Land. In den zwanziger Jahren erprobten sich der orthodoxe Bischof Fan Noli, der lange in den USA gelebt hatte, und der nordalbanische Stammesführer Ahmed Zogu an der Aufgabe. Zogu setzte sich nur mit Hilfe seiner Hausmacht durch; seine Probleme waren die Durchsetzung von Recht und Ordnung, Volksbewaffnung, Kontrolle der Straßen, der Schutz öffentlicher Einrichtungen - bis in Einzelheiten auch die

---

<sup>5</sup> Vgl. Michael Mitterauer/Reinhard Sieder, Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München 1984, S. 112-115.

Probleme des heutigen Albanien. Ein noch heute interessantes Detail ist der Versuch Zogus, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Zogu verfügte eine allgemeine Entwaffnung, nahm seinen eigenen Stamm aber davon aus. Hätte er anders entschieden, wäre er seines Lebens nicht sicher gewesen. Andererseits machten es solche Entscheidungen den übrigen Albanern unmöglich, an einen neutralen Staat zu glauben. Öffentliche Einrichtungen aller Art wurden als Versuch eines gegnerischen Verbandes verstanden, im eigenen Territorium Macht zu erobern.

Die albanische kommunistische Partei, die 1944 an die Macht kam, hatte nur im Partisanenkampf eine gewisse Position errungen; vorher war sie winzig klein und von wenigen Intellektuellen mit Auslandsverbindungen dominiert. Die Kommunisten erkannten richtig, daß sie zur Erhaltung ihrer Macht auf längere Sicht die Familienstrukturen zerschlagen mußten. Auf viele Verbündete konnten sie dabei nicht zählen; auch die unterdrückten Frauen in den Familienverbänden waren schwer mobilisierbar. So konnte das Unternehmen nur mit Hilfe extremer Repression gelingen; Liberalisierungen wie in der Sowjetunion der Chruschtschow-Ära hätten die Macht der albanischen Kommunisten akut gefährdet. Seine Härte und Grausamkeit nahmen dem Regime zugleich die Chance, populär zu werden. Einen dritten Weg gab es nicht. Entfernte sich die Partei gleich einem Orden aus der Gesellschaft, so mußte sie um so stärker unterdrücken und sich entsprechend anfeinden lassen. Näherte sie sich ihr aber, verstrickte sie sich hoffnungslos in die Clanstrukturen und setzte ihre Legitimität aufs Spiel. Nicht dieser oder jener Fehler ließ die albanischen Kommunisten scheitern, sondern der Ansatz ihres Experiments.

Den Kommunisten gelangen unter diktatorischen Verhältnissen die Alphabetisierung des Landes, eine weitgehende Industrialisierung und die Herausbildung eines Gesundheitswesens. Insbesondere die Industrialisierung zerstörte die klassischen Formen des Zusammenlebens; Arbeiter lebten nunmehr in Kleinfamilien. Die Veränderung ging aber nicht tief und wurde oft nur der Form halber vollzogen. So lieferten nicht nur Frauen, sondern auch die jüngeren Brüder von Familienpatriarchen, selbst wenn sie angesehene Berufe ausübten oder hohe Funktionen bekleideten, ihren Lohn oder ihr Gehalt beim Familienoberhaupt ab.<sup>6</sup> Dennoch bildete sich erstmals eine gebildete Gesellschaftsschicht heraus, der die Clanstrukturen nur noch wenig bedeuteten. Diese Schicht aber konnte sich auf keine vorkommunistischen Traditionen stützen. In ihrem Selbstverständnis mußte sie dem Regime verhaftet bleiben. Gleichzeitig knüpften die extrem

---

<sup>6</sup> Vgl. Karl Kaser, Jede Menge Familie. Der patriarchale Haushalt im Modernisierungsprozeß, in: Helmut Eberhart/Karl Kaser, Albanien. Stammesleben zwischen Tradition und Moderne, Wien, Köln und Weimar 1995, S. 133-150.

autoritären Herrschaftsstrukturen des Regimes an die Erfahrungen aus der alten patriarchalischen Gesellschaft an; auch die arbeitsteilige Sphäre der Gesellschaft unterlag von Anfang an der strengen kommunistischen Hierarchie.

Anders als in den übrigen Balkanländern konnte die "samtene Revolution" in Albanien nicht auf die Traditionen eines Vorkriegsbürgertums, ja, nicht einmal auf politische Emigranten zurückgreifen. Die Impulse zur Öffnung gingen, wie in anderen weniger entwickelten Balkanstaaten, von Kreisen des Regimes selber aus. Sali Berisha etwa, einer der Anführer des Aufstands und später Präsident, war Parteisekretär an der Medizinischen Hochschule in Tirana. Anderes Personal stand nicht zur Verfügung. Gegner des Regimes wurden seit den 40er Jahren gemeinsam mit ihren Kindern und Kindeskindern in Lagern festgehalten und aller Bildungsmöglichkeiten beraubt. Nur wer Kommunist war, durfte studieren. Andererseits war es nicht schwer, 1990 in Regimekreisen Sympathien für den Umsturz zu mobilisieren. Das System brach aus sich selbst heraus zusammen; mit seinem Bart- und Fernsehverbot und seinen Spitzeltechniken war es so terroristisch gewesen, daß sich nach der Wende bis in die höchsten Parteitippen hinein jedermann als befreit fühlen durfte. Eine Teilung der Gesellschaft in "Täter" und "Opfer" war kaum möglich; das Regime hatte fast jeden gleichermaßen gequält wie zum Komplizen gemacht. Hier liegt das zweite fundamentale Mißverständnis des Westens. Der mörderische Antagonismus zwischen "Demokraten" und "Sozialisten" wurde für ein ideologisches Problem gehalten; er bildete den Kalten Krieg nach. Darin lag ein Rollenangebot für westliche Demokraten: Sie konnten nun endlich, aus der sicheren Position des historischen Siegers, den politischen Freunden im kleinen Albanien, die besonders arg unter dem Kommunismus gelitten hatten, zur Seite stehen. Unverstanden blieb, daß der politische Streit in Albanien auf beiden Seiten fast nur Ex-Kommunisten kannte, die sich oft nur in wenigen Monaten ihrer politischen Biographie voneinander unterschieden.

Der Antagonismus zwischen den Parteien ist aber - von innen, von Albanien aus betrachtet - nicht weiter erklärungsbedürftig; er entspricht der "patriarchalischen Mentalität", die Kompromisse und Machtteilung nicht kennt und in der geschlossene, autoritär geführte Systeme nebeneinanderher existieren. Ein Streit zwischen solchen Systemen ist selbstverständlich und kommt ganz ohne ideologische Konnotationen aus; die Parteienamen "demokratisch" und "sozialistisch" tun einfach als sinnentleerte Handelsmarken ihren Dienst. Antikommunismus ist in Albanien überraschenderweise nicht verbreitet. Die Urteile über die kommunistische Zeit sind überall durch Scham gemildert. Als Berisha frühere kommunistische Führer ins Gefängnis werfen ließ, nahm er seine früheren Gönner gezielt aus.

Dieses Verhalten, das staatsgewohnten Europäern korrupt vorkommt, wurde in Albanien spontan verstanden und von Berishas Anhängern auch gutgeheißen: Es sprach für den Großmut des Präsidenten und seine Anhänglichkeit gegenüber allen, die ihm Gutes erwiesen hatten. Auf der anderen Seite tilgten die "Sozialisten" im Sommer 1996 jede Erinnerung nicht nur an Hoxha, sondern auch an Marx und Engels; seit Jahren fordern sie die Einbindung Albaniens in EU und NATO und preisen die freie Marktwirtschaft. Politische Unterschiede zwischen den verfeindeten Großparteien gibt es nicht. 1996 schien es so, als wollten beide die Relikte ihrer ideologischen Gegnerschaft absichtlich nivellieren, um sich ungestört der totalen Konkurrenz untereinander widmen zu können. Albaner mit Auslandskontakten weisen von sich aus immer wieder auf "Mentalitätsunterschiede" zu anderen Europäern hin: auf das unterschiedliche Wertesystem, das Treue und Gefolgschaft weit an die Spitze der Wertehierarchie setzt, und vor allem auf die Kompromißlosigkeit und die Unfähigkeit, Fehler einzugestehen. Joint-ventures zwischen westeuropäischen und albanischen Partnern scheitern meistens, weil der albanische Partner keinen zweiten Chef neben sich duldet. Was nicht in die Kategorien von Über- und Unterordnung paßt, ist fremd und ungewohnt.

Die selbstzerstörerischen, genauer: staatszerstörerischen Formen der Aufstände 1991 und 1997 sprechen dafür, daß die Bevölkerung in beiden Fällen den Versuch einer Clique zurückgewiesen hat, sich mit Hilfe einer angemessenen Allgemeinheit Macht zu verschaffen. Die Allgemeinheit wurde in beiden Fällen als bloßer Vorwand verstanden, die Botschaft war 1991 und 1997 gleich: Wir wollen keinen Staat; wir regieren uns selbst! In beiden Fällen wurde den Mächtigen zu Recht vorgeworfen, daß sie mit den öffentlichen zugleich ihre eigenen, privaten Angelegenheiten befördert hätten. Die Szenen in Vlora, bei denen Polizisten gesteinigt wurden, machen anschaulich klar, daß ein Fremder in Uniform in Albanien nicht mehr Respekt genießt als jeder andere Fremde. Mit Kriminalität hat das nichts zu tun. Der Staat ist vielmehr der Gauner.

Das dritte Mißverständnis zwischen Europa und Albanien betrifft die "Pyramidengesellschaften", deren Zusammenbruch von Dezember 1996 bis Februar 1997 die Krawalle und die Staatskrise auslöste.

Die "Demokratische Partei" unter ihrem damaligen Vorsitzenden Sali Berisha hat nach ihrem Wahlsieg im März 1992 die Verhältnisse in Albanien mit einem Pakt beruhigt: Sie garantierte wirtschaftliche Prosperität und verdiente sich dafür politisches Stillhalten. Die Sozialisten und die anderen Oppositionsparteien waren die Verlierer dieses Pakts. Tatsächlich ist in Albanien die Produktion nach dem Zusammenbruch des Jahres 1991 aber nie wieder angelaufen; die Quellen des "albanischen Wirtschaftswunders" waren vielmehr ausländische Hilfen, besonders aus der EU, mit denen vor

allem Massenfluchtbewegungen wie 1991 und die illegale Arbeitsemigration junger Männer verhindert werden sollten.

Nach einem gescheiterten Verfassungsreferendum 1994 regierte Präsident Berisha zunehmend autoritär; die Parlamentswahl im Mai 1996 war nach den Erkenntnissen der OSZE-Beobachtermission weder frei noch fair. Hinter vorgehaltener Hand geben aber selbst Sozialisten zu, daß Berishas Partei sie auch ohne Manipulationen gewonnen hätte.

Die Demokraten führten den Wahlkampf unter dem Slogan: Me ne fitojne te gjithë - mit uns gewinnen alle. Mit "gewinnen" ist erst in zweiter Linie der Wahlsieg gemeint; zunächst wird das Verb "fitoj" ganz materiell verstanden - als "verdienen" oder "Gewinn machen". Der Wahlspruch wurde geglaubt, weil sich seine Wahrheit über vier Jahre hinweg jeden Monat aufs neue erwies: In Tirana war kaum eine Familie zu finden, in der nicht einer, stellvertretend für alle, Geld bei der "Vefa-Holding" angelegt hatte. Man brachte sein Geld dorthin, in Lek oder in Dollar, bekam einen Beleg, und wer ihn an einem bestimmten monatlichen Stichtag an einer der Vefa-Filialen in Tirana vorwies, bekam seinen Zins ausgezahlt wie ein Gehalt oder eine Rente, jeden Monat acht, später zehn Prozent vom eingelegten Kapital. Mit Berisha, so schien es, gewannen alle. Ein Dreivierteljahr später, als alle alles verloren hatten, wollte Berisha nicht mitverlieren. Der Volksaufstand setzte noch nicht seiner Amtszeit, aber seiner Herrschaft ein Ende. Berisha hatte den Pakt gebrochen und wurde nun abgestraft. Wie 1991 mit der Statue des Enver Hoxha auf dem Skanderbeg-Platz fiel auch jetzt wieder ein System: Die Vefa, die mit dem Slogan "das albanische Wunder" warb, war nur die größte Geldsammelstelle im Land: Gjallica, Kamberi, Silva, M. Leka, Cenaj, Xhaferri, Populli - an die dreißig "Gesellschaften" und "Stiftungen" warben zum Schluß um das Geld der Albaner. Zentralbank-Gouverneur Kristaq Luniku, eine der wenigen seriösen Quellen, schätzt, daß 65 Prozent des im Lande zirkulierenden Geldes, ob in Lek oder US-Dollar, durch eine dieser Firmen ging. Mit den mysteriösen "Pyramidenspielen" in Rußland und Rumänien oder dem "King's Club" in Deutschland hatte das System nur das mathematische Prinzip, nicht die Bedeutung gemein. Sie waren Bank, Renten- und Arbeitslosenversicherung in einem und spiegelten ganz Albanien einen Reichtum vor, den es nicht gab. Die meisten haben auch nicht als "Pyramidenspiele" begonnen, sondern als ganz normale Firmen: Weil es in Albanien bis heute keine Privatbanken gibt und die staatliche Sparkasse mit der Kreditvergabe an private Firmen überfordert ist, blieb den neuen Unternehmern nichts anderes übrig, als sich das Geld für ihre Investitionen von den Mitbürgern zu leihen. Deren Ersparnisse stammten aus dem Ausland.

Die Anleger waren in der Mehrheit nicht einmal besonders naiv. Die "Holdings" und "Companies" wie Vefa oder Gjallica kamen ohne die mysteriöse

Aura der "Pyramidenspiele" in anderen Ländern aus. Sie gaben sich statt dessen als große Konzerne. Die Vefa, der größte unter ihnen, stellte ihren Reichtum sichtbar aus und übertrieb ihn noch. Sie warb mit "180 bis 200 Millionen Dollar Gewinn pro Jahr", tausenden Hektar Grundbesitz, über 30.000 Stück Vieh, 240 Produktionsvorhaben, Fabriken, Bergwerken, Mühlen, mit Supermärkten, einer Wurstfabrik und einer Brauerei. Die Albaner sollten den Eindruck haben, sie profitierten von den Geschäften wie mit Aktien. Staat und Regierungspartei gingen mit den "erfolgreichen Unternehmern" um, wie sie es überall auf der Welt tun: Sie hofierten sie, sonnteten sich in ihrem Glanz und freuten sich über Parteispenden. Vebi Alimuca, der legendäre Vefa-Chef, erschien als Symbol des neuen, freien Albanien auf dem Bildschirm, Premier Alexander Meksi schüttelte die Hände der genialen Businessmen, und ein Beleg weist die Gjallica aus Vlora mit 50.000 Dollar als Finanzier von Berishas Wahlkampf im Mai 1996 aus. Vefa und Gjallica gehörten zum neuen Albanien des Sali Berisha wie Volkswagen und AEG zu Nachkriegsdeutschland. Im Westen wurde das nicht begriffen. Als Südalbanien schon brannte, versicherte Alois Mock, der frühere Außenminister Österreichs, noch immer, er stehe "an der Seite seiner Freunde" von der Demokratischen Partei, die "für die Firmenzusammenbrüche nicht verantwortlich" seien. Formal war das richtig, politisch aber absurd. Wenn 80 Prozent einer Bevölkerung betroffen sind, ist eine Unterscheidung zwischen öffentlich und privat nicht mehr sinnvoll.

Erst mit dem Volksaufstand trat die Opposition wieder auf den Plan. Sowohl die Sozialistische Partei als auch Sozialdemokraten und "Demokratische Allianz", die 1996 gemeinsam als "Pol des Zentrums" aufgetreten waren, boykottierten das Parlament und drohten in die Bedeutungslosigkeit abzugleiten. Funktionierende Parteistrukturen hatte allein die Sozialistische Partei aufzuweisen. Ihre Vertreter waren bei der Kommunalwahl im Oktober 1996 aber auch auf lokaler Ebene erheblich geschwächt worden. Vorwürfe, "die Kommunisten" hätten den Volksaufstand angezettelt, wie sie von Berisha erhoben wurden, waren offenkundig absurd. Vielmehr trauten sich gerade Oppositionelle während der Krawalle in Vlora schon deshalb nicht auf die Straße, weil sie fürchten mußten, sofort von der Geheimpolizei kassiert zu werden. Die Bedeutung der Opposition lag nicht in ihrer Rolle beim Volksaufstand; vielmehr erinnerte man sich an sie, weil der Pakt mit Berisha zerbrochen war.

Der Mission der OSZE, die mit der Ernennung Franz Vranitzkys zum Besonderen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden am 4. März 1997 begann, lag die strategische Entscheidung zu Grunde, nicht den gewalttätigen Konflikt zwischen der von Berisha dominierten Staatsmacht und der Bevölkerung im Süden des Landes ins Zentrum der Vermittlungsarbeit zu rücken, sondern den politischen zwischen Präsident und Regierung auf der einen und der weitgehend marginalisierten Opposition auf der anderen Seite. Diese Entscheidung war sehr riskant, denn die Opposition bemühte sich zu jenem Zeitpunkt noch weitgehend vergeblich, sich an die Spitze der Protestbewegung zu setzen; nur wenig sprach dafür, daß die Lösung des politischen Problems zugleich das Ende der Anarchie bedeuten würde. Trotzdem war die Entscheidung alternativlos, denn Sicherheitsbedenken machten Reisen in den Süden unmöglich. Mit den Vertretern der Bürgerkomitees in südalbanischen Städten, die sich gegen die allgemeine Anarchie herausbildeten und die die lokalen Verhältnisse nur zum Teil kontrollierten, traf sich Vranitzky nur ein einziges Mal auf einem italienischen Kriegsschiff. Am 27. März erteilte die OSZE das Mandat zur Einrichtung einer ständigen Mission in Albanien, die dort andere internationale Organisationen koordinieren und Beratung und Unterstützung, insbesondere bei der Demokratisierung, den Medien und den Menschenrechten und bei Vorbereitung und Beobachtung der Wahl leisten sowie "andere Möglichkeiten unter ihnen das Einsammeln der Waffen, erkunden" sollte. Als ständiger Vertreter von Vranitzky in Tirana wurde der österreichische Diplomat Herbert Grubmayr bestellt. Vranitzky selber reiste unregelmäßig jeweils zu Verhandlungen über mehrere Tage nach Tirana. Die Konstruktion hatte den Sinn, die Auftritte des Vermittlers auf kritische Situationen zu beschränken und damit aufzuwerten.

Strategisch war die Lage zu Beginn der OSZE-Mission bei allen Schwierigkeiten glücklich. Sowohl die Opposition als auch die Gruppe um Berisha begrüßten, wenn auch aus entgegengesetzten Motiven, die Entscheidung Vranitzkys, den politischen Konflikt in Tirana in den Vordergrund zu stellen. Berisha glaubte, so freie Hand im Süden behalten zu können. Weil er von einer irrigen Einschätzung der Lage im Land ausging, glaubte er außerdem, drohende Neuwahlen gewinnen zu können. Die Opposition war naturgemäß zunächst an Neuwahlen, nicht aber an einer Wiederherstellung der noch von Berisha kontrollierten Staatsmacht interessiert. Die Bürgerkomitees im Süden dagegen waren für eine einheitliche Strategie zu

---

<sup>7</sup> Die Darstellung der OSZE-Mission beruht auf Gesprächen mit Franz Vranitzky, Herbert Grubmayr und etlichen anderen OSZE-Funktionsträgern, den "Activity reports" der Mission sowie eigenen Beobachtungen während mehrerer Besuche in Albanien.

schwach. Vranitzky setzte darauf, daß sie sich bei einer Lösung der politischen Krise über kurz oder lang in die bestehenden Parteistrukturen integrieren würden. Noch während des ersten Besuchs von Vranitzky in Tirana unterzeichneten die Parteien am 9. März ein Neun-Punkte-Abkommen, das im folgenden zur Basis der OSZE-Vermittlungstätigkeit werden sollte. Das Abkommen selber kam ohne OSZE-Vermittlung zustande. Es sah unter anderem eine Generalamnestie für die Beteiligten an den Krawallen der letzten Monate, die Berufung einer Allparteien-Übergangsregierung, Neuwahlen unter "voller internationaler Kontrolle" bis Ende Juni, die Rückgabe erbeuteter Waffen innerhalb einer Woche und die Aufhebung des Ausnahmezustandes "so bald wie möglich" vor. Eine Allparteienregierung wurde sofort gebildet; die Funktion des Premierministers übernahm der frühere sozialistische Bürgermeister von Gjirokastra, Bashkim Fino. Die Macht der unterzeichnenden Parteien, die Oppositionellen im Süden zu entwaffnen, war allerdings eine reine Fiktion. Trotzdem forderte Berisha in den folgenden Monaten immer wieder die Entwaffnung ein; daß sie nicht erfolgte, wurde zum Argument für das Fortbestehen des Ausnahmezustands genommen.

Mit der Zustimmung zu Neuwahlen hatte die Opposition einen wesentlichen Sieg errungen. Berisha sah sich zu diesem Zugeständnis gezwungen, als klar war, daß keine internationale Organisation und kein wichtiger Partnerstaat mehr bereit war, der OSZE ihre Vermittlerrolle streitig zu machen. Noch im Vorjahr hatte Berisha sehr unterschiedliche Berichte über die 1996er Parlamentswahl mit einigem Erfolg dazu benutzt, die Rolle der OSZE und besonders des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) ins Zwielicht zu rücken. Hintergrund dieser Politik des Gegeneinander-Ausspielens war die weitgehende Identifikation vieler konservativer und christdemokratischer Parteien in Europa mit Berishas "Demokratischer Partei", die sogar Vollmitglied der "Europäischen Demokratischen Union" ist. Bei den europäischen Regierungen galt Berisha bis zum Ausbruch der Krawalle wenigstens als Garant für Stabilität. Diese Funktion konnte er Anfang März offensichtlich nicht mehr erfüllen; nach der gescheiterten Militäraktion gegen den Süden wandten sich auch die meisten politischen Freunde in Europa von Berisha ab. Vranitzky berichtet sogar, daß manche Regierungen die rasche Absetzung Berishas favorisierten und Impeachment-Verfahren verlangten. Vranitzky stellte sich solchen Zumutungen aber entgegen, weil gleichzeitige Versuche zur Absetzung Berishas seine Vermittlermission seiner Meinung nach unmöglich gemacht hätten.

Ab Mitte April wurde eine "Multinationale Schutztruppe" von 6.000 bis 7.000 Mann im Lande stationiert. Sie wurde nach einem Mandat des Welt-sicherheitsrats von einer "Koalition der Willigen" unter italienischer Koor-

dination beschickt. Das größte Kontingent, knapp die Hälfte, stellte Italien, ferner beteiligt waren Frankreich, Griechenland, die Türkei, Spanien, Rumänien, Österreich und Dänemark. Ihrem Mandat nach sollte die Truppe Hilfslieferungen beschützen, die sich aber, wie sich bald nach der Mandatserteilung herausstellte, weitgehend erübrigten. Auch die Konstruktion der Schutztruppe barg ein erhebliches Risiko, denn fünf der acht "willigen" Staaten hatten als Nachbarn oder aus historischen Gründen ein besonderes Interesse an Albanien. So waren insbesondere Griechen und Italiener ganz unmittelbar an der Vermeidung von Flüchtlingsströmen interessiert. Die Beteiligung an der Schutztruppe gab ihnen Gelegenheit, ihre eigenen Grenzen auf fremdem Territorium zu sichern. "Unterwanderung" durch den griechischen Geheimdienst schließlich spielte in der Propaganda der Berisha-Partei eine große und ständig zunehmende Rolle. In der Praxis kam es aber nicht zu Problemen. Vielmehr trug die Präsenz der Truppe zu einer gewissen Beruhigung der Situation bei. Eine wichtige Rolle spielte sie, als sie am Wahltag die internationalen Beobachter eskortierte. Indirekt wuchs ihr auch deshalb Bedeutung zu, weil es in allen beteiligten Ländern breite Diskussionen über sie gab. Schwierige Parlamentsdebatten machten indirekt eine geringe und unsichere Bereitschaft klar, unter den gegebenen Verhältnissen weiter Geld für Albanien auszugeben, für das Land also, das von allen Übergangsländern mit Abstand die höchsten Zuwendungen aus der EU erhielt und weltweit nach Namibia die höchste Pro-Kopf-Hilfe überhaupt. Erst nach diesen Debatten konnte Vranitzky in Tirana glaubwürdig mit der Einstellung internationaler Hilfe drohen.

Zu einer ersten erheblichen Krise der Vermittlungsmision kam es unmittelbar nach dem ersten größeren Erfolg: Am 9. Mai hatten die Regierungsparteien ein Sechs-Punkte-Rahmenabkommen über das Wahlgesetz abgeschlossen. Am Abend des 12. Mai aber, nachdem Vranitzky bereits wieder abgereist war, brachte die Mehrheit der "Demokraten" im Parlament einen Entwurf des Wahlgesetzes ein, der weder mit den anderen Parteien noch mit den internationalen Beratern abgesprochen war. Vranitzky reagierte öffentlich scharf, mahnte zum Konsens, ohne Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß die Demokraten das Abkommen gebrochen hatten, und drohte mit der Einstellung internationaler Hilfe. Die anderen Parteien kündigten einen Wahlboykott an. Unter dem Eindruck von Vranitzkys Drohung lenkte Berisha teilweise ein; einige "Zusätze" zum bereits verabschiedeten Wahlgesetz änderten die Vorlage wieder im Sinne der Opposition. Die Hauptstreitpunkte dabei waren die Besetzung der Wahlkommissionen und die Relation zwischen Elementen des Mehrheits- und des Verhältniswahlrechts. Letztendlich wurde eine Lösung verabschiedet, nach der die entscheidenden Wahlprotokolle auf allen Ebenen von

Vertretern beider politischer Lager unterzeichnet werden mußten. Berisha hatte mit seinem einsamen Entwurf auf das Mehrheitswahlrecht gesetzt, das seiner Partei im Vorjahr 87 Prozent der Parlamentssitze beschert hatte. Die Opposition wollte einen höheren Anteil von Sitzen nach dem Verhältniswahlrecht. Mit der Erweiterung der Parlaments um 25 Sitze wurde schließlich ein Kompromiß gefunden, nach dem allerdings noch immer fast dreimal so viele Sitze nach dem Mehrheits- wie nach dem Verhältniswahlrecht vergeben wurden. Berisha zeigte sich schließlich doch kompromißbereit, weil klar war, daß Vranitzky eindeutig ihm das Scheitern der Wahl angelastet hätte und weder seine Macht im Inland noch sein Einfluß im Ausland ausreichten, mit einem solchen Verdikt fertigzuwerden. Sein Versuch, das Mehrheitswahlrecht durchzusetzen, macht außerdem klar, daß Berisha zu jenem Zeitpunkt seine Unterstützung durch die Bevölkerung nach wie vor grotesk überschätzte. Der "Winner-takes-all"-Effekt des Mehrheitswahlrechts richtete sich schließlich voll gegen seine eigene Partei. Nach dem Streit um das Wahlgesetz war der Rest von Vertrauen zwischen den Parteien gänzlich aufgebraucht, und hinter kleinen und kleinsten Verstößen und Schlampereien witterten manche Gegner Berishas den Versuch eines neuerlichen groß angelegten Wahlbetrugs. Zum Mißtrauen auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft trug die Enthüllung der Tatsache bei, daß der italienische Botschafter hinter dem Rücken Vranitzkys telefonische Absprachen mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Tritan Shehu, über die Verhinderung einer Wahlrechtsänderung traf. Daß der Botschafter unmittelbar nach Bekanntwerden seiner Intrige abberufen wurde, konnte das Vertrauen kaum wiederherstellen. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Skender Gjinushi, etwa rechnete fest damit, daß Berisha bei absehbarer Niederlage am Wahltag selber durch Zwischenfälle das Scheitern der Wahl organisieren werde. Deshalb richteten die Parteien den dringenden Appell an die OSZE, entweder nach bosnischem Vorbild die Wahlen selber durchzuführen oder aber für jedes der 4.700 Wahllokale einen eigenen Beobachter abzustellen. Diesem Wunsch mußte die OSZE sich versagen. Weder war es möglich, innerhalb so kurzer Zeit und ohne die logistische Unterstützung einer starken internationalen Truppe im Land die Wahl zu administrieren, noch ließen sich 4.700 Beobachter mobilisieren, die jeder für sich eine mindestens zweiköpfige Eskorte benötigt hätten. Die Zahl der Beobachter, etwa 300, blieb schließlich weit hinter den Erwartungen der Opposition zurück. Nur mit Mühe gelang es Vranitzky, die Opposition davon zu überzeugen, daß ein Boykott ihr nicht nützen könne. So fand die Wahl unter dem erheblichen Risiko des Scheiterns und eines neuen Gewaltausbruchs statt.

Der mit Spannung erwartete Tag der ersten Wahlrunde, der 29. Juni 1997, blieb dann aber wunderbar ruhig. Ein Mitglied einer Wahlkommission, ein Demokrat, wurde erschossen; in den Wochen und Monaten zuvor allerdings waren täglich zwischen fünf und 20 Menschen umgekommen. Noch am Wahlabend verkündete der Vorsitzende der Sozialisten, Fatos Nano, den Wahlsieg seiner Partei, noch bevor ein einziges offizielles Ergebnis vorlag. Basis der Siegesmeldung war die Telefonkette der Partei. Nano nutzte die Dynamik der Situation; bei der Parlamentswahl 1996 hatte Berisha noch vor Schließung der Wahllokale die Demokraten zum Sieger erklärt. Politiker der Demokraten dagegen gestanden nunmehr noch am Wahlabend ihre Niederlage ein. Das dreiköpfige Steuerungskomitee für die Wahlbeobachtung, bestehend aus Vertretern von OSZE, EU und Europarat, unter Führung der früheren Generalsekretärin des Europarats, Cathérine Lalumière, qualifizierte die Wahl wegen der Behinderung des Wahlkampfes, vor allem im "rebellischen" Süden, aber auch in Teilen des Nordens, zwar nicht als frei und fair, aber als "angemessen und annehmbar". Berisha trat, obwohl noch Anfang März vom Parlament für weitere fünf Jahre gewählt, in der Folge zurück und machte so den Weg frei für die Wahl des Sozialisten Rexhep Mejdani. Die Vermittlungsmission der OSZE war erfolgreich verlaufen; die erste europäische Diktatur nach dem Ende der Blockkonfrontation verschwand ohne Krieg. Vranitzky kündigte an, seine Funktion bis zur in Rom stattfindenden internationalen Konferenz über Albanien Ende September fortführen zu wollen. Der Erfolg der Mission war sicher nicht ohne eine gehörige Portion Glück möglich. Nicht übersehen werden sollte allerdings, daß die glücklichen Umstände sich nur deshalb entfalten konnten, weil die OSZE zu Beginn eine wichtige strategische Entscheidung traf, weil sie von allen Mitgliedstaaten und anderen internationalen Organisationen unterstützt wurde, weil der Beauftragte Vranitzky in kritischen Momenten eine beträchtliche Nervenstärke bewies und weil die Beratungs- und Beobachtungsmission - nach chaotischem Beginn - den erheblichen organisatorischen Anforderungen, die sich aus der unklaren Rechtssituation und der sich ständig verändernden Verhandlungslage ergaben, gewachsen war.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Beitrages ist die Anarchie im Lande noch nicht überwunden; der Prozeß der Aufrichtung einer legitimen und anerkannten staatlichen Autorität steht noch am Anfang. Andererseits wird die Legitimität der Wahl mit zunehmendem zeitlichen Abstand von seiten der Demokratischen Partei unter ihrem Generalsekretär Genc Pollo immer stärker in Zweifel gezogen. Neutrale Instanzen haben es noch immer schwer. Das Grundmuster, das diesen wie frühere Konflikte hervorgebracht hat, ist durch die erfolgreiche Vermittlung der OSZE nicht angestastet worden. Es wurde lediglich verhindert, daß Albanien durch die aktuelle

Krise in den Zustand dauernder Unregierbarkeit geriet. Die jetzige Situation ist nur eine Chance. Ergreifen läßt sie sich mit entschlossenen Schritten zum Aufbau einer Zivilgesellschaft mit demokratischen Institutionen, der Entwicklung und Unterstützung von unabhängigen Medien, freien Initiativen und Nichtregierungsorganisationen.

